

**Antworten auf WPS des Bündnisses RETTET DIE FAMILIE**  
**Antworten von: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg**

**1.** Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?

*Ihre Frage bezieht sich z. T. auf die bundesgesetzliche Ebene, für die der zu wählende Landtag Brandenburg nur mittelbar zuständig ist. Um die Kosten für die Erziehungsarbeit zu mindern, setzen wir uns z. B. auf Landesebene für die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung und auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein.*

**2.** Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?

*Wir sehen nicht, dass das primäre Erziehungsrecht der Eltern durch eine Ausweitung des Angebots frühkindlicher Bildungsangebote beeinträchtigt wird. Wir wollen Frauen und Männern stärker als bisher ermöglichen, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Dazu wollen wir landesseitig eine dritte Betreuungsumfangsstufe und die Verkleinerung der Gruppengrößen in Krippen und Kitas finanzieren und die Kita-Elternbeiträge schrittweise abschaffen.*

**3.** Besonders deutlich werden die Strukturmängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, Junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?

*Ihre Frage bezieht sich auf Regelungen, die sich nicht in Zuständigkeit des Landes, sondern in der des Bundes befinden. Weil Familien so vielfältig wie das Leben sind, möchten wir Grüne alle Familien unterstützen - ob mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder verpartnert. Familien leisten viel. Viele sind mit ihrem Alltag und Leben zufrieden. Doch immer mehr Eltern machen sich finanzielle Sorgen oder ihnen droht zwischen Familie und Beruf die Puste auszugehen. Das Einkommen von Familien und die Chancen von Kindern sind in Deutschland sehr ungleich verteilt. Auch in unserem wohlhabenden Land haben Familien oft nicht genug Geld für ein gutes Leben. Wir wollen unter anderem mit einem Familienbudget Familien finanziell entlasten und die Kinderarmut verringern.*

**4. Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?**

*Wir teilen die in Ihrer Frage angelegte Sorge, dass dies grundsätzlich nicht geschehen würde, so nicht. Aber wir sind gleichzeitig um die Qualitätssicherung in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen bemüht. So fordern wir einen Ausbau der Sozialarbeit und der schulpsychologischen Begleitung von Schulen. Das auf unsere Initiative hin beschlossene landesweite Kita-Qualitätsmonitoring soll künftig alle Kitas bei der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität beraten können.*